



**Ulrich Kelber**  
**Bonns Bundestagsabgeordneter**

## Newsletter Berlin



Aktuelles

Bonn

**Berlin**

Service

Nr. 1/2006, 114. gesamt / 20.01.2006

### Zitat

*„Wir waren aus guten Gründen gegen diesen Krieg. Und es gab gute Gründe, zwei Beamte des BND vor Ort zu belassen und uns unabhängig von den kriegsführenden Parteien unabhängige Informationen zu verschaffen.“*

(Außenminister Frank-Walter Steinmeier zur Debatte um die mögliche Verwicklung von BND-Mitarbeitern in den Irak-Krieg)

### Themen in dieser Ausgabe:

- Verbraucherinformationsgesetz
- Mautausweichverkehr
- Sicherheit in WM-Stadien
- Arzneimittel-Sparpaket
- Dumping-Löhne
- Diese Woche im Plenum

## Deutschland braucht ein Verbraucherinformationsgesetz

Deutschland ist das Land der Qualitätsprodukte, der Premium-Marken. Qualitätsprodukte sind auf das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher angewiesen, damit diese bereit sind, die höheren Anschaffungskosten zu bezahlen. Deswegen muss Deutschland auch ein wirtschaftliches Interesse daran haben, über ein Verbraucherinformationsgesetz die Transparenz von Produkten zu erhöhen, „schwarze Schafe“ zu benennen und Selbstkontrollen der Wirtschaft zu erzwingen.

Das Verbraucherinformationsgesetz muss alle Produkte und Dienstleistungen umfassen und darf den Verbraucherinnen und Verbrauchern keine Hürden beim Auskunftsanspruch gegenüber Informationen in den Weg stellen. Dazu gehören niedrigere Gebühren, schnelle Reaktionszeiten und ein

Rechtsanspruch auf Auskunft.

Die Ausnahmen, wann die Behörden die Informationen nicht weitergeben dürfen, müssen gering sein. Weder laufende Gerichtsverfahren noch über Geschäftsgeheimnisse hinausgehende wirtschaftliche Interessen dürfen ein Hindernis sein.

Die Behörden sollen alle vorhandenen Informationen, sei es zur Vorwarnung oder als nachträgliche Benennung von „schwarzen Schafen“, öffentlich zugänglich machen, am besten per World Wide Web. Zuletzt sollte die Wirtschaft aus Eigeninteresse den Verbraucherinnen und Verbrauchern noch mehr Auskunftsrechte einräumen.

- Ulrich Kelber -

## Regierung: Mautausweichverkehr stellt kein Flächenproblem dar

Die Verlagerung von Lastkraftwagenverkehr auf Bundesstraßen nach Einführung der Lkw-Maut stellt für die Bundesregierung kein Flächenproblem dar, sondern ein punktuell auftretendes Phänomen. Aus dem von ihr als Unterrichtung vorgelegten Bericht über die Verlagerung von schwerem Lkw-Verkehr auf das nachgeordnete Straßennetz infolge der Einführung der Lkw-Maut (16/298) geht hervor, dass davon vor allem gut ausgebaute Strecken betroffen sind, die schon vor der gebührenpflichtigen Nutzung von Autobahnen überdurchschnittliche Verkehrsbelastungen aufwie-

sen. Die Bundesregierung beruft sich dabei auf die Auswertung der automatischen Dauerzählstellen. Rund 1300 solcher Dauerzählstellen wurden an Bundesfernstraßen eingerichtet, 600 davon an Autobahnen, 700 an Bundesstraßen, die im vergangenen Jahr die Anzahl der Lkws ermittelten. Als eine mautbedingte Verkehrsverlagerung bewertet sie den "sprunghaften" Anstieg des Lkw-Verkehrs an der Dauerzählstelle "Schwegenheim" an der B9 bei Mannheim. Auch diese Strecke sei bereits vor Einführung der Lkw-Maut stark frequentiert worden. In Fällen wie diesem habe man

den Länderverwaltungen die Ergebnisse der Berechnungen zur Verfügung gestellt. Nun ist es Sache der Länder zu entscheiden, ob sie dem Bundesverkehrsministerium eine solche Strecke zur Bemaatung vorschlägt. In ihrem Bericht vertritt die Regierung aber auch die Überzeugung, dass der so genannte Einschwingprozess noch nicht abgeschlossen ist und die Verkehrsentwicklung deshalb weiter zu beobachten sei.

## Das Vertrauen in die Sicherheit der WM-Stadien wieder herstellen

Nach der von der "Stiftung Warentest" veröffentlichten und in der Öffentlichkeit äußerst umstrittenen Studie über angebliche Sicherheitsmängel in den WM-Stadien haben Abgeordnete aller Fraktionen am Mittwochnachmittag im Sportausschuss gefordert, die gegenseitigen Schuldzuweisungen endlich zu beenden und stattdessen das verloren gegangene Vertrauen in die Sicherheit der Stadien wieder herzustellen. "Anstatt sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, sollten wir lieber Stadion für Stadion durchgehen, um zu sehen, wo es Probleme gibt", forderte beispielsweise die CDU, und mahnte alle Beteiligten an, "den Ball flach zu halten und sich mit den Fakten auseinanderzusetzen". Die Grünen forderten, die angeblichen Sicherheitsmängel in den Stadien zu überprüfen und die von der "Stiftung Warentest" erhobenen Vorwürfe im Interesse wirklich sicherer WM-Stadien "zwingend" ernst zu nehmen. Eine Beilegung des Streits erwies sich allerdings in der hitzigen Debatte als schwierig. Denn während Vertreter der "Stiftung Warentest" ihre Untersuchung als "intensiv und umfangreich" verteidigten und auf erfahrene Gutachter und neueste Erkenntnisse in der Sicherheitstechnik verwiesen, erhoben Abgeordnete, Stadionbetreiber und WM-Organisatoren schwere Vorwürfe. So kritisierte etwa der Vize-Präsident des WM-



Organisationskomitees (OK), Horst Schmidt, die "mangelnde Qualität" der Studie und stellte die Kompetenz der Gutachter in Frage. Der Sprecher der "Veltins-Arena" in Gelsenkirchen, Peter Peters, beurteilte das Vorgehen der "Stiftung Warentest" und ihre Beurteilung, zumindest was die "Veltins-Arena" betreffe, sogar für "nachweisbar fehlerhaft". So hätte die Studie falsche Ergebnisse verbreitet und Hinweise der Stadionbetreiber auf derartige Fehler in ihrer Veröffentlichung gar nicht erst berücksichtigt. Ähnlich äußerte sich Jürgen Kießling, der Beauftragte des Berliner Senats, im Hinblick auf das Olympiastadion. Offenbar, so folgerte daraus die FDP, habe die Kommunikation und Kooperation während der Untersuchung "sehr zu wünschen übrig" gelassen. Die SPD fügte hinzu: "Hätte ein solcher Austausch wie heute schon Wochen vorher stattgefunden, hätte vieles vermieden werden können." So aber kündigte sich erst nach fast dreistündiger Sitzung eine Annäherung

an. OK-Vize Horst Schmidt betonte, man wolle mit der Stiftung weitere Gespräche über die Studie führen. Überdies wolle man sich mit den Stadionbetreibern über die im Test aufgeworfenen Sicherheitsfragen auseinandersetzen. Auch die Tester erklärten im Anschluss ihre Bereitschaft, ihre Erkenntnisse mit den Stadionbetreibern und dem OK diskutieren. Die Bundesregierung warnte in der Sitzung vor Panikmache: "Wir nehmen die Anhaltspunkte ernst und unterstützen Vorschläge, sich das gemeinsam noch mal anzusehen", so der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Christoph Bergner (CDU/CSU). Dass es in Teilbereichen noch Nachbesserungsbedarf gebe, bis der Weltfußballverband FIFA und das Nationale Olympische Komitee die Stadien im kommenden Mai offiziell übernehmen, sei selbstverständlich. Nach wie vor aber könne die Grundaussage getroffen werden, dass die deutschen Stadien sicher seien.

## Arzneimittel-Sparpaket unter Experten umstritten

Unterschiedlich bewerten Experten den von den Regierungsfractionen eingebrachten Gesetzentwurf zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung (16/194). Das wurde während einer öffentlichen Anhörung im Gesundheitsausschuss am Mittwochnachmittag deutlich. Ziel des Entwurfes ist es, die Arzneimittelversorgung besser an dem tatsächlichen medizinischen Versorgungsbedarf der Patienten auszurichten und medizinisch nicht notwendige Ausgabensteigerungen zu vermeiden. Dazu ist unter anderem vorgesehen, die Herstellerabgabepreise für alle Arzneimittel für die Dauer von zwei Jahren einzufrieren, um so Preiserhöhungen auszuschließen. Ebenfalls ausgeschlossen werden soll die Gewährung von Zuwendungen, insbesondere von Naturalrabatten an Apotheken.

Der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) lobte das schnelle gesetzgeberische Handeln der Bundesregierung. Die finanzielle Lage der Krankenkassen erfordere dringend eine strukturelle Änderung. Die aktuelle Ausgabenentwicklung im Arzneimittelbereich sei unverhältnismäßig und größtenteils medizinisch nicht begründet, hieß es. Der vorliegende Gesetzentwurf sei allerdings nicht geeignet, eine wirtschaftliche und am Bedarf ausgerichtete Arzneimittelversorgung zu

erreichen. Dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) fehlt es an einer klaren Linie in der Vorlage. Einerseits greife man durch Einschränkungen der Rabattierung in den Markt ein, andererseits hoffe man auf mehr Wettbewerb mit sinkenden Preisen. Sollte es bei den vorgesehenen Regelungen bleiben, so der BPI, müsse mit einer deutlichen Verschiebung der Kosten zu Ungunsten der Patienten gerechnet werden. Eine tatsächliche Entlastung bei den Arzneimittelkosten könne man hingegen mit der schon früher geforderten Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf sieben Prozent



erreichen.

Das Verbot von Naturalrabatten wird durch den Deutschen Generikaverband begrüßt. Benötigt werde nicht ein Rabattwettbewerb, sondern ein Preiswettbewerb. Der vorgesehene Generika Sonderrabatt konterkariere diese Maßnahmen allerdings. Zwar belebe auch er den Preiswettbewerb, jedoch eindeutig zu Gunsten der großen Generikahersteller, wogegen der

Mittelstand klar benachteiligt werde. Der Verband ProGenerika e.V. kritisierte die massiv abgesenkten Festbeträge bei Arzneimitteln. Dies führe mittelfristig zum Marktaustritt vieler mittelständischer Generikahersteller. Als Schritt in die richtige Richtung wird der Entwurf vom Bundesverband der Verbraucherzentralen bewertet. Die Reduzierung der Rabatte auf das in der Arzneimittelpreisverordnung festgesetzte Maß könne einen Preiswettbewerb auslösen, von dem die Krankenkassen, aber im Hinblick auf die rezeptfreien Arzneimittel auch die Verbraucher unmittelbar profitieren.

Die in dem Gesetz vorgesehenen Bonusregelungen für Ärzte sieht die Bundesärztekammer als sehr problematisch an. Es entstehe ein Rationalisierungsdruck, der zu Lasten insbesondere chronisch kranker Patienten gehe. Es gebe andere Stell-schrauben, so zum Beispiel bei den Pharmakonzernen, um die Kostensteigerung einzudämmen. Auch der Hartmannbund lehnt die Bonusregelungen ab. Es sei schlichtweg "unethisch", Ärzte mit Provisionen zu medizinisch ungerechtfertigten Einsparungen zu zwingen.

Alle angegebenen Drucksachen lassen sich auf der Internetseite des Bundestages finden unter:

<http://dip.bundestag.de/parfors/parfors.htm>

Dort einfach die Nr. eingeben

## Termine

**22.01.06, 15:00 - Bonn**  
Jahreshauptversammlung  
Jusos Bonn, Rathaus

**23 bis 27.01.06 - Berlin**  
Sitzungswoche des Bundes-  
tages

**24.01.06, 12:00 - Berlin**  
Empfang des Bonner Prin-  
zenpaares im Reichstag

**28.01.06, 11:00 - Dortmund**  
Verbraucherpolitische Kon-  
ferenz der SPD NRW

**29.01.06, 11:11 - Bonn**  
Prinzenempfang der Wiese  
Müüs, Bristol

## Service

Die neusten Studien zu er-  
neuerbaren Energien gibt  
es hier:

[http://www.bmu.de/  
erneuerbare\\_energien/  
downloads/doc/36550.php](http://www.bmu.de/erneuerbare_energien/downloads/doc/36550.php)

**Ulrich Kelber**  
**Bonns**  
**Bundestagsabgeordneter**

**Büro Berlin:**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030—227 700 26  
Fax: 030—227 760 08  
Email: [ulrich.kelber@bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@bundestag.de)

**Büro Bonn:**  
Clemens-August-Str. 64  
53115 Bonn  
Tel: 0228—280 31 35  
Fax: 0228—280 31 36  
Email:  
[ulrich.kelber@wk.bundestag.de](mailto:ulrich.kelber@wk.bundestag.de)

... und im Internet  
unter  
**[www.kelber.de](http://www.kelber.de)**

Die Texte der Seiten 2-4  
stammen vom Pressezent-  
rum des Bundestages und  
der SPD-Bundestagsfraktion.

Jetzt noch mehr Angst vor dem Kinderkriegen :



Karikatur: Klaus Stüttmann

## Müntefering: Löhne dürfen nicht sittenwidrig sein

Nach Darstellung des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering (SPD), gibt es in Deutschland eine zunehmend hohe Zahl von so genannten Aufstockern, deren Arbeitslohn durch Sozialtransfers ergänzt werden muss. Müntefering nannte am Mittwochvormittag im Ausschuss für Arbeit und Soziales einen Stundenlohn von 2,98 Euro, den er als "sittenwidrig" bezeichnete. Löhne dürften nicht sittenwidrig sein. Für die Bundesregierung gehe es darum, Geringqualifizierten zu Arbeit zu verhelfen. Er sei vom Kabinett beauftragt worden, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die bis zum Herbst Vorschläge für mehr Beschäftigung von Geringqualifizierten erarbeiten soll. Dazu werde die Einführung eines Kombilohnmodells geprüft. Müntefering kündigte an, er werde die Arbeitsgruppe jetzt

noch nicht einrichten und bis zum Sommer eine "informelle Debatte" führen. Die CDU/CSU-Fraktion empfahl darüber nachzudenken, wie man diesen Personenkreis mit einem Transferelement in eine Vollzeitbeschäftigung bringen kann. In diesem Zusammenhang werde man auch darüber reden müssen, was als Mindestlohn betrachtet werden muss, ehe das Transferelement in Form eines staatlichen Zuschusses hinzukommt. Nach Auffassung der SPD kann der Kombilohn nicht als "Wunderwaffe" angesehen werden. Zu einem neuen Subventionsmoloche dürfe es nicht kommen. Für Bündnis 90/Die Grünen ist die Tatsache, dass immer mehr Arbeitnehmer ihren Lohn durch Sozialtransfers aufstocken müssen, ein Hinweis darauf, dass die These von der "Sozialhilfe-Falle" nicht stimmt. Die

Leute wollten trotz zu niedriger Löhne arbeiten. Die Linke fügte hinzu, das Parlament müsse sich mit der Frage existenzsichernder Löhne beschäftigen. Trotz tariflicher Lohnsteigerungen sei bei den Löhnen eine negative Entwicklung eingetreten. Der Minister stellte sich dem Ausschuss mit einer Erklärung über die Arbeitsschwerpunkte seines Ministeriums in dieser Wahlperiode vor. Am 1. April soll das Gesetz in Kraft treten, mit dem unter anderem unter 25-jährige Jugendliche, die noch in der Ausbildung sind, in die elterliche Bedarfsgemeinschaft zurückgeholt werden können, was zu jährlichen Einsparungen von rund 500 Millionen Euro führen soll. Für Arbeitslosengeld II-Bezieher wird der Rentenversicherungsbeitrag ab 2007 von 78 auf 40 Euro monatlich gekürzt. Erholen.



### AKTUELLE STUNDE

#### Entwicklung der Vogelgrippe

Über die aktuelle Entwicklung im Hinblick auf die Vogelgrippe und Schutzmaßnahmen der Bundesregierung debattierten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages am Mittwoch in einer von CDU/CSU beantragten Aktuellen Stunde.

#### Prävention steht im Vordergrund

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Horst Seehofer, berichtete, dass in Deutschland alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen seien, um gegebenenfalls schnell auf einen Ausbruch der Vogelgrippe reagieren zu können. Zur Zeit bestehe aber keine akute Gefahr. Besonders der derzeit größten Gefahr, der Ausbreitung des Virus durch illegalen Import von Geflügel und Geflügelprodukten, werde entschlossen entgegenzutreten. Es sei auch davon auszugehen, dass es zu einer erneuten Stallpflicht für Geflügel kommen werde. Der Minister betonte, dass die Bundesregierung auch darauf hinwirken werde, ein europaweit einheitliches Vorgehen zu erreichen. Die Bekämpfung dieses Virus könne nur im internationalen Kontext erfolgreich sein.

#### Die wichtigsten Maßnahmen:

- Verbesserung der Information von Reisenden
- Informationen in türkischer Sprache über u.a. türkische Vereine
- Verstärkte Warenkontrollen im Reiseverkehr
- Stallpflicht mit großer Wahrscheinlichkeit wieder erforderlich
- Weiterführung des Monitoring von Wildvögeln.

#### Keine Übertragbarkeit von Mensch zu Mensch

Gesundheitsministerin Ulla Schmidt betonte im Rahmen der Aktuellen Stunde, dass es bei dieser Tierseuche zur Zeit keine Erkenntnisse zur Übertragbarkeit von Mensch zu Mensch gebe. Sie könne aber eine erhebliche Gefährdung für die menschliche Gesundheit darstellen. Diese Fälle könnten in Deutschland aber behandelt werden.

### ARBEIT

#### Gleiches Arbeitslosengeld II in Ost und West

In dem in 1. Lesung beratenen Regierungsentwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (Drs. 16/99) geht es um die Angleichung des Arbeitslosengeldes II in Ost und West. Dabei wird die Regelleistung in den neuen Bundesländern an die Höhe der Regelleistung in den alten Bundesländern von 345 Euro angepasst. Bisher werden im Osten 14 Euro weniger ausgezahlt.

#### Unterschiedliche Höhe nicht mehr zu rechtfertigen

Der Ombudsrat zur Umsetzung von Hartz IV hat in seinem am 29. Juni 2005 vorgelegten Zwischenbericht die Anhebung angeregt. Die unterschiedliche Höhe des Arbeitslosengeldes II in Ost und West sei nicht mehr mit dem Hinweis auf niedrigere Nettoeinkommen, geringere Lebenshaltungskosten und unterschiedliche Verbraucherverhalten in den neuen Ländern zu rechtfertigen. Zwar weisen das Verbrauchsniveau und das private Konsumverhalten in Ost und West weiterhin deutliche Unterschiede auf. Solche Unterschiede bestehen jedoch nicht nur zwischen den alten und neuen Bundesländern; vielmehr ergeben sich innerhalb des gesamten Bundesgebietes regionale Besonderheiten.

#### Arbeitslosengeld II ist Bundesleistung

Das Arbeitslosengeld II ist eine Bundesleistung. Durch die Angleichung der Regelleistung sind Mehrbelastungen in Höhe von insgesamt rund 260 Millionen Euro jährlich zu erwarten. Davon sind ca. 220 Millionen Euro vom Bund und die restlichen 40 Millionen Euro von den Kommunen zu tragen.



### A U S S E N

#### **Vereinbarte Debatte zu den Vorwürfen gegenüber dem BND**

Am 20. Januar hat der Bundestag den BND-Einsatz im Irak in einer vereinbarten Debatte diskutiert. Außenminister Steinmeier stellte dabei klar: Die beiden BND-Mitarbeiter haben sich zu jeder Zeit an die Weisung und den Auftrag der Bundesregierung gehalten. Das heißt: keine Unterstützung zur Kriegsführung. Der Außenminister rief zugleich dazu auf, die damalige Entscheidung selbstbewusster zu vertreten. Man habe „mit zu viel Demut“ die „Inszenierung eines politischen Skandals“ hingenommen. Er sei für Offenheit, Transparenz und politische Kontrolle besonders der Geheimdienste. Zu keinem Zeitpunkt jedoch habe die Bundesregierung verhehelt, dass sie dem Bündnispartner USA stets Überflugrechte genehmigt und US-Einrichtungen in Deutschland mit Soldaten der Bundeswehr geschützt hat.

Betont haben die außen- und innenpolitischen Experten der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Ulrich Klose und Fritz Rudolf Körper, dass Deutschland auf die Informationen der Dienste angewiesen ist - nicht zuletzt zum eigenen Schutz gegen den internationalen Terrorismus. Außerdem entkräfteten sie den Vorwurf, der BND habe falsche Informationen gestreut, auf deren Basis die USA angeblich den Krieg legitimierten. Olaf Scholz hob hervor, dass das Parlamentarische Kontrollgremium auch weiterhin zur Aufklärung beiträgt. Er akzeptiere das Minderheitenrecht der Opposition, sehe aber keine Grundlage für einen Untersuchungsausschuss. Konkreten Vorschlägen, den Informationsanspruch des Parlaments im Zusammenhang mit der Arbeit der Dienste zu verbessern, stehe er offen gegenüber. Nicht zu vergessen sei jedoch, dass der Deutsche Bundestag bereits heute ein vorbildliches Kontrollgremium habe, das von vielen jüngeren Demokratien im Osten Europas kopiert würde.

### A R B E I T

#### **Aus „Deutscher Bibliothek“ wird „Deutsche Nationalbibliothek“**

Am 19. Januar hat der Deutsche Bundestag den Regierungsentwurf über die Deutsche Nationalbibliothek (Drs. 16/322) in 1. Lesung beraten. Das wesentliche Ziel des Gesetzentwurfes ist, den Sammelauftrag auf digitale Werke zu erweitern.

Die Deutsche Bibliothek hat seit 1913 den gesetzlichen Auftrag, in Deutschland veröffentlichte Werke und deren Übersetzungen in andere Sprachen, im Ausland veröffentlichte deutschsprachige Werke und Werke über Deutschland zu sammeln, zu bewahren und für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Unter verschiedenen Zulieferungen ist auch jeder Verleger in Deutschland verpflichtet, von den Neuerscheinungen zwei Exemplare an die Deutsche Bibliothek zu liefern.

#### **Anpassung an moderne Zeiten**

Dieser Sammelauftrag soll nun den modernen Zeiten angepasst und auf digitale Werke erweitert werden. Dies ist das wesentliche Ziel des Gesetzentwurfes. Über die Einbeziehung so genannter unkörperlicher Werke hinaus soll auch der Name der Bibliothek in „Deutsche Nationalbibliothek“ geändert werden. Damit wird die Funktion der Bibliothek auch deutlicher herausgestellt. Auf europäischer Initiative hatte die UNESCO im Jahr 2001 eine Resolution zur Bewahrung des digitalen Erbes angenommen, der wir mit diesem Gesetz ebenfalls Rechnung tragen. Über die genannten wesentlichen Änderungen hinaus, soll das Gesetz insgesamt gestrafft und übersichtlicher gestaltet werden.

Mit der angestrebten Geltung der Neuerungen in 2007 werden voraussichtlich Mehrkosten in Höhe von 1,9 Mio. bis zu 2,9 Mio. Euro in 2009 entstehen, die im Haushalt des Kultur- und Medienbeauftragten durch Einsparungen zur Verfügung stehen sollen.



### V E R K E H R

#### Neuregelung der Flugsicherung

Am 19. Januar hat der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung der Flugsicherung (Drs. 16/240) in 1. Lesung beraten. Mit der Errichtung des einheitlichen europäischen Luftraums durch den Erlass der so genannten Single European Sky (SES)-Verordnung auf europäischer Ebene besteht die Notwendigkeit, die Flugsicherung in der Bundesrepublik Deutschland den europäischen Vorgaben anzupassen. Zugleich werden mit der Neuregelung der Flugsicherung die Voraussetzungen für eine Kapitalprivatisierung der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) geschaffen.

#### Liberalisierung und Harmonisierung

Die SES-Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft zielen auf eine fortschreitende Liberalisierung und Harmonisierung der Flugsicherung in der Europäischen Gemeinschaft ab. Gemeinsame Anforderungen für Flugsicherungsorganisationen sollen eingeführt und verbindliche Mindeststandards dauerhaft gesichert werden. Voraussetzung ist die Trennung der regulativen und operativen Aufgaben im Bereich der Flugsicherung.

#### Privatisierung der Deutschen Flugsicherung

Mit der Neuregelung werden die Voraussetzungen für eine Kapitalprivatisierung der bislang bundeseigenen DFS geschaffen. Die Privatisierung ermöglicht die Erhaltung und Stärkung der Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens im Hinblick auf die zu erwartende Umorganisation der europäischen Luftraumsstruktur. Der Gesetzentwurf gewährleistet, dass dem Bund ausreichende Steuerungs- und Kontrollrechte verbleiben, sofern die Flugsicherungsorganisationen Tätigkeiten im hoheitlichen Bereich ausüben.

### U M W E L T

#### Erhaltung der Kleinwale

In 2./3. Lesung wurde der Regierungsentwurf eines „Gesetzes zur Änderung des Abkommens vom 31. März 1992 (ASCOBANS) zur Erhaltung der Kleinwale in der Nord- und Ostsee“ (Drs. 16/38, 16/389) verabschiedet. Die Änderung sieht vor, das ASCOBANS-Abkommensgebiet erheblich auszuweiten.

Durch die Ausweitung werden dem ursprünglichen ASCOBANS-Abkommensgebiet in Nord- und Ostsee vor allem erhebliche Seegebiete westlich von Großbritannien, um Irland herum sowie westlich von Frankreich, Portugal und Spanien hinzugefügt. Die Erweiterung betrifft Bereiche, die alle außerhalb der deutschen Hoheits- bzw. Küstengewässer liegen. Die Änderung des Titels des Abkommens von „Abkommen zur Erhaltung der Kleinwale in der Nord- und Ostsee“ in „Abkommen zur Erhaltung der Kleinwale der Nord- und Ostsee, des Nordostatlantiks und der Irischen See“ zeichnet die Gebietserweiterung nach.

Aktive Rolle Deutschlands beim Schutz der Kleinwale

Eine Ausdehnung der Schutzzone ist erforderlich, um einen Anschluss an die benachbarte offene See und an die Lebensräume der Kleinwale im Mittelmeergebiet herzustellen. Anlass für das Schutzabkommen 1994 war, dass in der Nordsee jedes Jahr Tausende von Kleinwalen in Fischernetzen verendet sind. Durch die Ratifikation der Gebietsausweitung des Abkommens kann die aktive Rolle, die Deutschland bislang im Rahmen des Abkommens einnimmt, weitergeführt werden. Deutschland trägt dadurch und durch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit dazu bei, dass Kleinwale auch in Zukunft Teil des Naturerbes der nordeuropäischen Meere bleiben.

das unbefristete Jahresabo der *Berliner Republik* ab der nächstmöglichen Ausgabe von 30,- € frei Haus\*

das auf ein Jahr befristete Jahresabo der *Berliner Republik* ab der nächstmöglichen Ausgabe zum Preis von 30,- € frei Haus\*\*

das unbefristete Studentenjahresabo der *Berliner Republik* ab der nächstmöglichen Ausgabe zum Preis von 25,- € frei Haus (Studienbescheinigung erforderlich)\*

das auf ein Jahr befristete Studentenjahresabo der *Berliner Republik* ab der nächstmöglichen Ausgabe zum Preis von 25,- € frei Haus (Studienbescheinigung erforderlich)\*\*

**Abnehmer/Rechnungsanschrift:**

---

Name, Vorname

---

Straße, Hausnummer

---

Postleitzahl, Wohnort

---

Telefon/Fax

---

E-Mail

---

Datum, Unterschrift

**Empfänger/Lieferanschrift:**

---

Name, Vorname

---

Straße, Hausnummer

---

Postleitzahl, Wohnort

---

Telefon/Fax

**Widerrufsgarantie**

Die Bestellung kann ich innerhalb einer Woche (ab dem Datum des Poststempels) gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10119 Berlin, widerrufen.

---

Datum, Unterschrift

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Das Abo endet automatisch nach einem Jahr.

**Zahlung per:**

Rechnung  Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10119 Berlin, den Rechnungsbetrag von 30,- € für das Jahresabonnement bzw. 25,- € für das Studentenabonnement abzubuchen von meinem Konto:

Kontoinhaber

Kontonummer

Bank, Ort